

Scharfe Kritik in Frankreich

Das „Deuxième“ bezeichnet den polnischen Schritt als den Aufstand eines Landes gegen den Völkerbund, dem es überhaupt erst sein Dasein verdanke. Es sei der schwerste Schlag, den die Genfer Einrichtung bisher erhalten habe; denn selbst der Austritt Deutschlands sei in den Augen vieler verständlicher gewesen.

„Cho de Paris“ schreibt u. a., man dürfe sicher sein, daß Polen die volle Unterstützung Deutschlands genieße, das zwar in Genf alles aus den Minderheitenverträgen herausgeholt habe, was herausgehoben werden könne, das aber heute alles dem einen Zwecke opfere, nämlich der französischen Politik einen Schlag zu versetzen.

„Le Nouv“ spricht von schwerwiegenden Auswirkungen des polnischen Schrittes. Polen habe eine Verpflichtung übernommen, die Marshall Pilsudski mit einem Säbelhieb zerbrochen. Die Frage sei nicht, ob man Polen vor den Haager Schlichtungsrichtern stelle, gegen dessen Urteil es keine Berufung gebe. Nur das Blatt würde eine solche Maßnahme katastrophale Folgen haben. Denn Polen würde bestimmt verurteilt werden und dann dem Beispiel Deutschlands und Danons folgen und aus dem Völkerbund austreten. Man wisse sich deshalb freuen, ob die französisch-polnische Annäherung das Risiko einer so schweren Gefahr für den Frieden wert anweisen sei.

Der „Petit Parisien“ ist der Auffassung, daß Polen einen schweren Schlag gegen den Völkerbund geführt habe. Das „Journal“ ist eines der wenigen Blätter, das volles Verständnis für die Haltung Polens hat, wenn es auch bedauert, daß man Frankreich nicht vorher in Kenntnis gesetzt habe.

Der „Matin“ wendet sich gegen die Kritiker der polnischen Haltung und betont, es sei eine der Verantwortlichkeiten von Genf, diejenigen, die hinter den Kulissen verhandelten, anzufordern, sich in aller Deutlichkeit auszusprechen, und diejenigen, die offen ihre Meinungen lauten, vorzuwerfen, warum sie ihre Anwesenheiten nicht hinter den Kulissen ins Reine gebracht hätten.

Widerhall in England

London, 14. September.

Den Berichterstattern der Presse in Genf zufolge soll dort durchweg der Eindruck bestehen, daß Polen das Minderheitenabkommen einseitig für aufgehoben erklärt habe. Doch scheint die polnische Abordnung dieser Auffassung entgegenzutreten durch die Erklärung, die Verwertung des Abkommens sei nur bedingt und nicht absolut.

Der Standpunkt der britischen Abordnung dürfte eine Reuenerklärung wiedergeben, in der es u. a. heißt: In Völkerbundstreifen werde Polens Vorgehen sehr ernst beurteilt, denn die Unterzeichnung des Minderheitenvertrages sei eine Vorbedingung für die Gewährung der polnischen Unabhängigkeit gewesen. Logischerweise konnte die Haltung Polens zu einem völligen Bruch Polens mit dem Völkerbund führen; denn Polen habe durch seine Erklärung den Artikel 1 der Völkerbundsatzung verletzt, der alle Mitglieder zur Erfüllung ihrer internationalen Verpflichtungen verpflichtet. Es wird weiter erklärt, Polen habe dadurch Sowjetrußland ein bedauerliches Beispiel gegeben.

Der Times-Vertreter in Genf bemerkt, die Sache sei ohne Vorgang in der Geschichte des Völkerbundes. Bezüglich der Rechte Polens, seine Verpflichtungen gegenüber dem Völkerbund einseitig zu kündigen, gebe es keine Meinungsverschiedenheiten.

In einer Meldung des Sonderkorrespondenten des „Daily Herald“ heißt es, die Rede des polnischen Außenministers bedrohe den Völkerbund. Ein großer Teil des Völkerbundes mit anderen „Minderheits“-Staaten würde vielleicht dem polnischen Beispiel folgen.

Der Sonderkorrespondent des „News Chronicle“ glaubt, die Erklärungen Polens gingen teilweise mit dem bevorstehenden Eintritt Sowjetrußlands in den Völkerbund mit seinen zahllosen nationalen Minderheiten zusammen.

Verfolgung jüdischer Jugend

Genf, 14. Sept. Die Staatspolizeistelle für den Regierungsbereich München teilt mit, daß die staatspolizeiliche Anordnung vom 11. August dieses Jahres wie folgt abgeändert wird: Den jüdischen Jugendverbänden wird das öffentliche Tragen von einheitlicher Kleidung (Uniform, Mütze sowie eine etwaige einheitliche Ersatzkleidung), von Auswärtspässen (Koppe), Schulferien, Adressenverzeichnisse von Abgehenden, auch unter der Verbedung durch gewisse Kleidungsstücke (Mantel) verboten. Diese Abänderung tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft.

„Morro Castle“

Der Kapitän des „President Cleveland“ schwer belastet

NEW YORK, 14. Sept. Am weiteren Verlaufe der Untersuchung der Katastrophe auf der „Morro Castle“ belasteten zwei weitere Offiziere des Schmelldampfers „President Cleveland“ den Kapitän dieses Schiffes ebenfalls schwer. Auch sie warfen ihm eine verpatete Abweisung der Rettungsboote vor. Ein Matrose des „President Cleveland“ sagte aus, daß das Schiff 40 Minuten bis zu einer Stunde in der Nähe der „Morro Castle“ gelegen habe, aber in dieser Zeit kein Rettungsboot hinabgelassen worden sei. Als schließlich endlich ein Boot abgelassen sei, habe seine Verladung nicht einmal den Versuch gemacht, die brennende „Morro Castle“ zu betreten, obwohl sich zu dieser Zeit mehrere Personen auf dem in Brand stehenden Dampfer befunden hätten. Ein New Yorker Polizist, der sich als Fahrgast auf der „Morro Castle“ befand, sagte aus, er habe keine Pistole auf einem Mann, offenbar ein Mitglied der Besatzung des Unglückschiffes, gerichtet als der Mann habe in ein Rettungsboot springen wollen. Er, der Polizist, habe dabei ausgerufen: „Sie sind eine Leiche, falls Sie hinabspringen!“ Weiter sagte er aus, als seine Frau in ein Rettungsboot hinabgelassen werden sollte, habe das Rettungsboot ihre Aufnahme verweigert. Seine Frau sei darüber gestorben. Der Steward des Rauchschimmers, der den Brand entdeckte, erklärte, er habe, nachdem sich ein Fahrgast bei ihm wegen des Rauchgeruchs beschwert habe, in einem Schrank im Schreibzimmer Rauch bemerkt. Ein anderer Polizist, der ebenfalls als Fahrgast bei der „Morro Castle“ war, fand es unerklärlich, weshalb die Rettungsdampfer nicht die „Morro Castle“ umkreisten, obwohl sich zur Zeit etwa 150 Personen im Wasser befanden. Die Untersuchung ergab, daß sich in dem ersten der fünf Rettungsboote der „Morro Castle“ 92 Mann der Besatzung und nur sechs Fahrgäste befanden. Die Reste der Leiche des Kapitän der „Morro Castle“ sollen chemisch untersucht werden, um festzustellen, ob sein Tod in einer Vergiftung seine Ursache hat.

Der Textilarbeiterstreik in den Vereinigten Staaten hat eine solche Ausprägung erfahren, daß Präsident Roosevelt die Bereitstellung von Bundesstruppen angeordnet hat.

Verbietet Hitler „Mein Kampf“?

Der pazifistische Schwur vor den internationalen Diplomaten

Kontinuation von Seite 1.

befinden sich die gleichen Hass- und Vernichtungsdrohungen gegen Frankreich. Schon der Gedanke, daß Adolf Hitler aus außenpolitischen Erwägungen sein Buch zurückziehen oder in diesen entscheidenden Stellen ändern könnte, ist absurd. Es ist heute die Grundlage der nationalsozialistischen Weltanschauung in enger Verbindung mit der Rassenlehre. Es ist die Basis des „Wehrwillens“ und der Ausbildung der Jugend, deren amtliche Lesebücher in ihrer kriegerischen Haltung nur Varianten von „Mein Kampf“ sind. Kriegsfreundliche und kriegsempfehlende Lehrstoffe neben durch die Volksschule bis hinauf zu den Hochschulen. Lehrstühle für Wehrwissenschaften werden eingerichtet. Blut und Boden und Schwert: das ist die neue deutsche Drei-Einigkeit, von Hitler bestätigt und gewollt.

Vor uns liegt ein amtlich empfohlenes Leseheft, Serie: „Zu Deutschlands Erneuerung“. Hier lesen wir:

„So hoffen wir der Stunde
Und denken an den Tag,
Wo wir die verlorenen Lande
Vom Feinde fordern zurück,
Und wo wir rächen die Schande“... (Heft 3)
„Und von Helden wird bald melden
Wieder ein erstarstes Heer!
Junges Deutschland, reiß zur Wehr!“ (Heft 6)
„Und haben die Götter uns alle verlassen,
Es ist uns doch einer geblieben...
Der Gott, der Eisen wachsen ließ!“ (Heft 7)
„Wir brechen die Ketten, wir machen uns frei!
Aufdämmert ein Tag uns der Nähe...“ (Heft 8)
„Was ist uns Leben, uns Sterben wert;
Deutsche Jugend, greif zum Schwert.
Deutschland erwache, Deutschland stehe auf,
Kampf um die Freiheit, nimm deinen Lauf!“ (Heft 8)

Die Kriegeslieder der Hitlerjugend sind noch um einige Grade blutiger. Sie werden auf allen Wanderschaften, mit dem Fahrtenmesser an der Seite, gesungen. Diese Hitlerjugend umfaßt heute nahezu 90 Prozent der gesamten deutschen Schuljugend. Die „Götter“ haben sie verlassen, aber es ist ihnen doch der eine geblieben, Adolf Hitler, der ihnen den Geist, das Wort und das Schwert gibt.

Dieser Adolf Hitler stand am Donnerstag in Prag und in weicher Stimme vor dem diplomatischen Korps und beteuerte seine aufrichtige und hingebende Friedensliebe. Die fremden Diplomaten, die seine Rede höflich anhörten, lächelten wieder nach Hause und mußten alle, daß das glatte Parkett wohl das Keuschere, aber nicht das Wesen eines Menschen verwan-

Hinrichtung eines katholischen Arbeiters

„Vater, vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun.“

Folgender Brief traf dieser Tage bei uns in der Redaktion ein:

Nachdem ich nun schon einige Wochen im Saatzgebiet bin, hatte ich ausreichend Gelegenheit, Ihren Kampf gegen das Neuhelidentum des „dritten Reiches“ zu beobachten. Es drängt mich, Ihnen in diesem Kampfe zu helfen, da ich mich als Katholik dazu verpflichtet fühle. Drucken Sie bitte beiliegende Schilderung ab und vermitteln Sie auf diese Weise den katholischen Arbeitern des Saatzgebietes den Eindruck dessen, was ich selbst erlebt habe. Ich war selbst bei der Hinrichtung dabei. Damals war ich begeisterter Nationalsozialist. Heute habe ich eingesehen, an wem ein furchtbares Verbrechen ab und verübt war und will alles tun, um das Andenken dieses von der Hitlerjunta ermordeten katholischen Arbeiters wieder zu wachen.

Am 23. August 1933 erhielt ich den Befehl, nach Buhbach zu fahren, um dort der Hinrichtung des Arbeiters Ludwig Bächler aus Lindendorf beizuwohnen. Ludwig Bächler war am 5. August 1933 von dem Landesgericht in Darmstadt zum Tode verurteilt worden, weil er am letzten Februarsonntag einen SA-Mann erstochen haben sollte. Tatsache ist jedoch folgendes: An dem betreffenden Sonntag hatte Bächler, der von Beruf Steinhauser war, in seinem Garten eine Rabine mit den drei Vögeln geschlachtet. Eine Gruppe von SA-Leuten wollte diese Rabine herabreißen. Bächler, sein Vater und ein Schwager ließen sich zur Wehr. Am Verlaufe der Schlägerei wurde Bächlers Schwager von einem SA-Mann ins Auge geschossen. Bächler selbst erlitt, als er sich der ankommenden SA-Leute nicht mehr anders erwehren konnte, zu einem Messer und traf im Handgemenge einen der SA-Leute so unglücklich am Hals, daß dieser anamendbrach. Der SA-Mann wurde in ein Krankenhaus gebracht, wo er nach fünf Wochen starb.

Bächler hatte, was noch heute an Hand von zahlreichen Augenzeugenloggen festzustellen werden könnte, in berechtigter Notwehr gehandelt. Selbst das Obergericht in Darmstadt mußte anerkennen, daß die SA-Leute die Angreifer waren und daß sie sich den drei Bächlers gegenüber in fast zehnfacher Uebermacht befanden. Wie bereits erwähnt, wurde Bächler trotzdem zum Tode verurteilt. Vater Bächler erhielt zehn Jahre und der Schwager sieben Jahre Zuchthaus.

Bächler wurde sofort nach der Gerichtsverhandlung in die Strafanstalt Buhbach gebracht. Der Anstaltsdirektor Dainert trat sofort mit dem Anstaltsgeistlichen Dr. Dr. Kaufmann in Verbindung, der auch gleich ein Gnadenersuchen an den damaligen Reichspräsidenten einreichte. Das Gesuch wurde abgelehnt.

Bächler lag auf Station drei; er hatte nie geglaubt, daß dieses furchtbare Urteil an ihm vollstreckt werden könne. Er fühlte sich völlig unschuldig und sprach wiederholt sowohl dem Direktor wie dem Anstaltsgeistlichen sein tiefstes Bedauern über den Tod des SA-Mannes aus.

Am 25. August kam der Gefängniswärter zu Bächler und forderte ihn auf, mitzukommen. Er brachte den Abnungslösen in eine andere Zelle. Eine Stunde später erschien der Direktor in Begleitung des Staatsanwalts und eröffnete dem Verurteilten, daß er am nächsten Morgen hingerichtet werde. Bächler blieb ruhig und bot für die letzte Lebensfrist um achtfachen Besuch. Dr. Kaufmann, der Anstaltsgeistliche, sprach auch dafür, daß Bächler noch einmal mit seiner Frau und mit seinem Vater sprechen konnte.

In letzter Stunde wurde dann noch ein Gnadenersuchen an Hitler abgeschickt. Alles blieb erfolglos.

delt. Der Führer und Reichskanzler Adolf Hitler: das ist der Krieg.

Eine peinliche Situation

Der Nuntius in schwieriger Lage

Die Basser „National-Zeitung“ schreibt zum Diplomatenempfang: „Nüchtern und noch mehr auf das Notwendigste beschränkt, hätten die Ansprachen, die gewechselt wurden, nicht sein können. Die Rede im Namen des diplomatischen Korps hielt bekanntlich dessen Dekan, der Nuntius Orsini, der Vertreter eines Souveräns, von dem ausdrücklich bekannt ist, daß er die Verhandlungen über einen gewissen Staatsvertrag einfach aus persönlicher Antipathie nicht zum Abschluss bringen will: Der Heilige Vater versagt den im großen und ganzen zu bedenklichen Verhandlungen über das Konkordat die Sanktion mit der Begründung: Die Männer des „dritten Reiches“ würden den Vertrag ja doch nicht halten, die Nähe eines Abschlusses sei deswegen ganz unnötig. Indessen ließ der folgende Tag in der kühlen Ansprache des Nuntius an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Wir wissen wohl, daß man nur durch das Erstarren des Geistes, der Wahrheit, der Gerechtigkeit und der Nächstenliebe in der Welt zur Befriedigung der Völker gelangen kann.“

Taten gegen Worte

London, 14. Sept. Die englischen Blätter, die zu den Erklärungen Hitlers beim Empfang des diplomatischen Korps Stellung nehmen, tun es mit manchen Vorbehalten.

„Daily Telegraph“ schreibt: „Warum legt Hitler so großen Wert darauf, den Deutschen in die eine Hand den Spaten und in die andere das Schwert zu geben, nachdem doch kein Feind vor den Toren steht?“

„News Chronicle“ fordert, indem es dem Reichsführer auffordert, die nationalsozialistischen Intrigen in Österreich einzustellen, Frankreich mit einer unzweideutigen Erklärung über seine Pläne zu betriedigen, auf geheime Wiederaufrüstung zu verzichten, an den Verhandlungen nach Genf zurückzuführen und vor allem die provozierenden Äußerungen seiner Minister und offiziellen Stribenten zu beschneiden und dem Militarismus Einhalt zu gebieten, den er der ganzen Nation inner- und außerhalb der Schulen tagtäglich verabreicht.

Um 3 Uhr nachts ging Bächler zur Beichte und bat einen Rosenkranz aus. Um 5 Uhr morgens rüdte eine Abteilung Schwab mit aufgeschlitztem Bajonett in den Gefängnishof ein und umstellte den ganzen Hinrichtungsraum. Ein paar Minuten später erschienen 30 SA-Leute, 12 Stadträte und der Ministerpräsident Sprenger mit seinem Stabe. Außerdem kamen noch etwa 20 Zivilpersonen, die Richter und der Staatsanwalt.

Trotz der furchtbaren Situation unterhielten sich die SA-Leute ungeniert und hörten erst auf, als Bächler in Begleitung von mehreren Schwab und SA-Männern in den Hof geführt wurde.

Das Bild war ergreifend. Bächler hielt das Kreuzifix fest in beiden Händen, war völlig ruhig und wandte seinen Blick von seinem Tröster. Er ging zum Schafot wie ein Mann.

Was sich nun abspielte, werde ich mein ganzes Leben lang nicht mehr vergessen. Trotzdem ich damals begeisterter Nationalsozialist war, hatte ich doch das Gefühl, daß hier wirklich ein furchtbarer Mord an einem Unschuldigen vor der Vollendung stand. Heute gelobe ich, daß mein Leben ausgefüllt sein soll von dem Gedanken, diesen Mord zu sühnen. Der Staatsanwalt las nun ganz geschäftsmäßig das Urteil vor und schon Sekunden danach ertönt der furchtbare Befehl an den Scharfrichter: „Befördern Sie den Verurteilten vom Leben zum Tode!“

Bächler wurde von zwei Henkern festgenommen, mit einigen geübten Griffen zum Halbsitz gezogen und blutähnlich an das Brett geschnallt. Im gleichen Augenblick drückte der Scharfrichter auf einen Knopf — und schon war es um Bächler geschehen. Die letzten Worte Bächlers waren:

„Gott vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun!“

Noch während der Scharfrichter den Kopf und den Körper Bächlers in den bereitgestellten Sarg legte und der Geistliche die Leiche einsegnete, nahm der Reichshatthalter Sprenger kramme Haltung ein und rief laut und vernehmlich: „Heil Hitler!“ Die im Hofe versammelten SA-Leute erwiderten den Ruf. Sie lachten dabei so, als wollten sie sagen: Alles im Namen Hitlers!

Ich habe mich aus gewissen Gründen auch noch nachträglich um diesen Hittlermord gekümmert. Die Buhbacher Zeitung und auch die übrige Presse gab sich die denkbarste Mühe, das Andenken des hingerichteten Bächlers zu schänden. So schrieb man u. a., Bächler sei ein ganz abler Kommunist gewesen, ein Bettler, der bis zum letzten Augenblick den Geistlichen beschimpft habe. Das ist alles nicht wahr! Soweit ich informiert bin, hat Dr. Kaufmann auch versucht, die betreffenden Reden von einer Mithatstellung dieser Linie zu veranlassen. Selbstverständlich hat es keine Rettung in Hitlerdeutschland gewagt, den wahren Sachverhalt zu schildern und so wenigstens das Andenken Bächlers nicht zu beschänden.

Die Wahrheit hat sich aber doch durchgesetzt. Auf Bächlers Grab werden heute noch von unbekannter Hand hässliche Blumen niedergelegt. Ein Kreuz, das ebenfalls ein Unbekannter auf Bächlers letzter Ruhstätte errichtet hatte, ist von den Nationalsozialisten wieder entfernt worden.

Der Name Bächler wird aber trotz aller Schikanen im besten Andenken der Buhbacher Arbeiterkreise bleiben. Alle die diesen aufrechten und frommen Mann kannten, wissen, daß er nie einen Menschen absichtlich töten wollte. Diese Reiben sollen die Bekräftigung meines Gesühns sein, nicht eher zu ruhen, bis auch dieser Arbeitermord sühnt ist.

(Neue Saar-Post.)

Das seit Februar 1934 bestehende Verbot der Verbreitung aller in Deutschland erscheinenden Tageszeitungen in Österreich ist auf weitere drei Monate, also bis zum 16. Dezember 1934, verlängert worden.

Entworfene Wiener Ministerkabinett wird von der deutschen Botschaft mitgeteilt, daß Vizekanzler v. Papen Ende September nach Wien zurückkehren wird.

Die Rüstungsindustrie auf der Anklagebank

J.H. Im Frühling dieses Jahres ernannte der amerikanische Senat einen Ausschuss zur Untersuchung des privaten Waffenhandels. Der Ausschuss wurde ermächtigt, verdächtige Personen und Vertreter von Rüstungsunternehmen, Unternehmungen und Vereinigungen zu verhören. Geheime Abmachungen zwischen den Rüstungskonzernen, Verbreitung von Kriegsgeräten immer dann, wenn der amerikanische Kongress Rüstungsausgaben bewilligen sollte, Propaganda von Rüstungsinteressen gegen Friedenskonferenzen und Friedensbemühungen, Verbreitung von Kriegsgeräten in Südamerika zur Förderung des Abzuges amerikanischer Rüstungsfabrikate, Ankauf von Waffen und Munition durch angeblich bankrotte Staaten, Sicherung von Rüstungsaufträgen durch private Rüstungsbetriebe, Beteiligung einflussreicher Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens an Unternehmungen der Rüstungsindustrie — ob und in welchem Umfang alles das praktiziert wird, das sollte das Senatskomitee untersuchen. Darauf sollte es Vorschläge unterbreiten, ob die amerikanische Gesetzgebung über die Kontrolle der privaten Rüstungsgeschäfte zu ändern und zu ergänzen, und ob ein Staatsmonopol für Waffenfabrikation und Waffenhandel zu schaffen sei.

Das Senatskomitee hat nach sehr ausgedehnten Vorarbeiten — nach Sammlung und Sichtung weitestgehender Materialien — am 1. September mit den Verhören begonnen, die drei Wochen dauern sollen. Den Vorsitz führt Senator Rye. Ueber die Verhandlungen wird die „D. Z.“ fortlaufend berichten.

I.

Die ersten beiden Zeugen, die das Senatskomitee in Washington vorlud, waren der Präsident und der Vizepräsident der größten amerikanischen Tauchboot-Werke, der Electric Boat Company, New York. Ueber die Bedeutung dieser Gesellschaft sagte deren Präsident Henry Carle aus, es gebe überhaupt kein Unterseeboot, das ohne Patente ihrer Patente gebaut worden sei. Der Vizepräsident der Gesellschaft, E. H. Spear, war früher Kommandant der amerikanischen Marine. Die Verbindung zwischen

Electric Boat Company und Vickers-Armstrong

dem bekannten englischen Rüstungskonzern. Als Beweis diente eine Reihe „absolut persönlicher und vertraulicher“ Briefe von Kommandeur Sir Charles Craven, Generaldirektor der Marinewerksstätten von Vickers-Armstrongs Limited in Barrow-in-Furness (Engl.) an Mr. Spear, den Vizepräsidenten der Electric Boat Company. Ueber die vertraglichen Beziehungen der beiden Konzerne sagte Henry Carle aus: In allen Geschäften im Tauchbootbau, die Vickers in Europa tätige, sei die Electric Boat Company prozentual beteiligt. Wenn beispielsweise die Firma Vickers in Belgien des europäischen Kontinents Unterseeboote baue, so werde der Gewinn halbiert. Vereinbarungsgemäß sind Großbritannien,

Kanada, Irland und Indien für Vickers, die Vereinigten Staaten und Cuba für die Electric Boat reserviert. Der Rest der Welt ist gemeinsamer Jagdgrund, auf dem sich beide Konzerne betätigen dürfen. Der amerikanische Konzern machte Profite, auch wenn seine Konkurrenz siegreich war. Denn von 1916 bis 1927 hatte die Electric Boat ihre Patente dem Vickers-Konzern in Lizenz gegeben, und durch diesen oder die Electric Boat selbst gingen die Patente weiter an japanische, holländische, australische und spanische Rüstungsbetriebe. Inachschuß des pünktigen Vertrags mit den Engländern zog es die Electric Boat vor, wenn Vickers, Kraft deutscher, italienischer oder anderer Konzerne, Aufträge erhielt. Diese vertraglich geregelten Verhältnisse lassen die Profitgier der Rüstungsindustrien idyllisch erscheinen im Vergleich zu dem intricaten Kampf in dem Niemandsland, das die beiden alliierten Konzerne nicht unter sich aufgeteilt hatten. Dazu gehört

Südamerika

Im Jahre 1920 gab Chile sechs Tauchboote und zwei Kriegsschiffe in England in Auftrag. Sofort war Peru alarmiert, Argentinien beunruhigt. Nach der Ansicht des Admirals Ribot, des Chefs der Nachrichten- (Spionage-) Abteilung der amerikanischen Marine, war in Südamerika „das Gleichgewicht gelöst“.

Damals war ein gewisser Comandante Aubry der Vertreter der Electric Boat Company für Peru. Er hatte als peruanischer Marineoffizier das Studium des Unterseeboots zu seinem Spezialgebiet gemacht und viel darüber publiziert. Die Electric Boat hatte seine Schriften in großen Mengen gekauft. Aubry nutzte den Dienst und wurde Vertreter der Gesellschaft. Nun entwickelte sich ein lebhafter Briefwechsel zwischen Aubry einerseits, Carle und Spear andererseits. Da war von dem Wunsch Verns nach Tauchbooten die Rede, von der Schwierigkeit der Finanzierung und von der verstandnisvollen Bereitschaft der Electric Boat Company, mit dazu beizutragen, um amerikanische Danken für Anleihen zu gewinnen. Es wurde sogar angedeutet, daß Peru Dekonstruktionen an große amerikanische Gesellschaften gewähren könnte, und die Zahlungen dann für peruanische Kriegsschiffbauern verwendet werden könnten. Die Sache nahm eine günstige Wendung, als eine amerikanische Marinekommission nach Peru entsandt wurde. Heftigsten allg auch eine amerikanische Marinekommission nach Brasilien, während Großbritannien eine Marinekommission nach Chile schickte. Mitglieder jener Marinekommission waren, wie Mr. Carle es ausdrückt, an der „Förderung amerikanischen Handels“ interessiert. In der Tat forderte ein Mitglied der Kommission die Electric Boat brieflich auf, im Ordon der peruanischen Kriegsakademie zu inferiorieren, weil „das amerikanische Vorgehen das erfordert“.

Aus dem Bericht sowie aus der Vorlesung unzähliger vertraulicher Briefe, die sich im Besitz des Senatskomitees befinden, geht hervor, daß die Marinekommission den Gedanken der peruanischen Marinekommission betrieb und Comandante Aubry Aufträge für seine Gesellschaft zu sichern suchte. Es gibt allerdings in dem reichen Material nichts, was beweisen würde, daß die Marinekommission die krummen Wege kannte, die Aubry beschritt, um die Anleihen der „Kommissionen“ zu erhalten, die er zu zahlen hatte.

„Sie wissen natürlich“, sagte Senator Bennett Clark zu Mr. Spear, „daß für ganzes amerikanisches Geschäft auf Behebung beruht?“

„Ich würde das nicht Behebung nennen“, erwiderte Mr. Spear, Vizepräsident der Electric Boat Company. Darauf zog Senator Clark einen Brief Vickers an den Vickers-Direktor Sir Charles Craven hervor. In dem Schreiben steht der Satz: „Wissen Sie, daß

Korruption die wahre Grundlage

des gesamten südamerikanischen Geschäfts ist“. Dieser Brief aus dem Jahre 1927 betraf übrigens einen Vorschlag des Vertreters der Electric Boat für Chile, man solle Messer für den Bau zweier Tauchboote für die chilenische Regierung machen. Mr. Spear, der Vizepräsident der Electric Boat, gab diesen Vorschlag an Vickers weiter. Auf die Frage, wie sich der Wunsch nach Förderung des amerikanischen Handels mit der Uebertragung von Arbeitsmöglichkeiten an eine britische Gesellschaft vereinbaren lasse, erwiderte Spear, die Boat Company habe damals zwei Tauchboote für Peru gebaut und habe eine ungünstige Wirkung auf die öffentliche Meinung Verns befristet, wenn sie selbst einen Auftrag für Chile übernommen hätte.

„Sie haben es also“, bemerkte Senator Clark, „für bester gehalten, den Chilenen zu empfehlen, bei Vickers zu kaufen, von dem Sie Zantilemen und Provisionen bekommen würden.“

Spear gab das zu. Er erwähnte damals Sir Charles Craven nicht „zu beiseiden im Preis“ zu sein, denn im letzten Augenblick „ist immer etwas nötig, um die Wahn zu brechen“.

Dem Senator Bone fiel es auf, daß das peruanische Geschäft der Boat Company sich nach der Entsendung der amerikanischen Marinekommission merklich hob. Er nannte das „die Notie der Vereinigten Staaten als Verkaufsgesellschaft“.

Senator Roe, der Vorsitzende des Komitees, fragte: „Wie weit wäre die Electric Boat Company ohne die Hilfe des Staatsdepartements, des Marindepartements und der Banken gekommen?“

„Ich glaube, daß sie uns genützt haben“, antwortete Mr. Spear, „aber ich glaube nicht, daß sie der entscheidende Faktor gewesen sind.“

„Ich nicht“, unterbrach Senator Bone, „durch die Unterbreitung von Großmächten wie der Vereinigten Staaten, Großbritannien und Italiens nach Südamerika zu einem bewaffneten Lager geworden?“

Mr. Carle und Mr. Spear wiesen das als eine „Ueberreibung“ zurück. Als Empfänger von Provisionen konnte das Komitee lediglich

Juan Leguia

nennen, einen Namen, der allerdings besonderes Interesse verdient. Juan Leguia ist nämlich der Sohn des irakischen Diktators von Peru. Einmal bekam er von einer peruanischen Bankengruppe 417.000 Dollar, damit er seinen Vater überrede, bei ihr und nicht bei andern Banken eine Anleihe anzunehmen. Es gibt Dokumente, die beweisen, daß ihm die Electric Boat Company für jedes Tauchboot, das sie für Peru baute, 20.000 Dollar zu zahlen hatte. Werner ab Carle zu, daß er dem jungen Mann ein „Daudaest“ — der Betrag wurde nicht genannt — zahlte, um die Gesellschaft in Peru zu vertreten. Wo Leguia, wie er sagte, dank seinen Familienbeziehungen zum Präsidenten Comesa ein leistungsfähiger Agent sein würde.

Wir Lehrer und die Politik

Schon mancher wird sich gefragt haben: Wie kommt es, daß die Lehrer — Volksschul- wie „Höhere“ Lehrer — in der deutschen Politik eine so minderwertige Rolle spielen? So grotesk und sprichwörtlich lächerlich die politischen Auslassungen des Oberlehrers und Professors sind und zur Satire Anlaß geben und noch gehen, so schweigsam ist's bei den Volksschullehrern. Der viel verhöhrte Erzberger ist eine noch heute stark umstrittene Ausnahme gegenüber den Größen des Auslands: Mac Donald, Herriot und Mussolini, die alle drei einmal dem Lehrerstand angehört haben. Die Antwort kann nur lauten: Auch der Lehrer, und er ganz besonders, ist das Ergebnis der Erziehung seiner absolvierten Schulen — nicht seines Milieus. Hätte er seinem Milieu Treue bewahrt, so triebe er Politik und zwar republikanische und proletarische. Denn aus dem Proletariat und Kleinbürgertum stammt die Mehrzahl der Lehrer, insbesondere der Volksschullehrer, und über ihn und seine Stellung zur Politik möchte ich als Angehöriger dieses Standes meine Ansichten hier zum Ausdruck bringen.

Ich greife zurück auf ein Schlagwort, das man im Krieg oft zu hören bekam: Die drei Säulen, auf denen der Staat ruht, sind der Nährstand, der Lehrstand und der Wehrstand. Dieser Satz veranlaßt mich immer wieder, unseren Stand mit dem Wehrstand zu vergleichen. Es mag mich mancher im ersten Augenblick für großwahnstüchtig halten, den Lehrstand mit dem Wehrstand auf eine Stufe zu stellen. Und je mehr ich darüber nachdenke, desto größeres Recht entdecke ich auf meiner Seite. Ja, ich wage zu behaupten: Hätte in unserem Volke der Lehrstand jene überragende Rolle im Staatsleben gespielt wie sie sich der Wehrstand anmaßte, so stände es heute anders mit Deutschland. Dann wäre, um bildlich zu sprechen, nicht Potsdam, sondern Weimar die Hauptstadt Deutschlands.

Die Auswirkungen der Militarisation Preußen-Deutschlands zeigten sich von seiner „höchsten Spitze“ bis „hinab“ zum einfachen Mann. Der Militarismus war der Bazillus, der alles ergriff: Der Monarch ging am liebsten in Uniform, alle Uniformen in Staats- und Privatbetrieben wurden der Militäruniform angeglichen, Dienst- und Privatleben des Mannes war durchweht von militärischem Geiste. Das ging von der Kinderstube mit dem Soldatenspielzeug bis zum Militärverein, der mit Musik am Grabe antrat, seine Gewehr salve abfeuerte und unter den Klängen eines Militärmarsches zum Vereinslokal marschierte. Und bei alledem glaubte der Lehrer nicht fehlen zu dürfen. Wie freuten wir uns mit dem Einjährigen-zeugnis! Welche Ehre war es, Reservelieutenant zu werden. Zur gesellschaftlichen Anerkennung oder Gleichordnung mit den Offizieren haben die Lehrer ja nie gebracht; dafür hatten die andern einen zu hohen Dünkel und die Lehrer wie alle ein nicht ausrottbares Minderwertigkeitsgefühl dem Offizier gegenüber. Was sollte auch hier der Lehrer innerhalb der Nation eine Ausnahme machen? Der Offizier war nun mal der Gott, das Muster aller Ehre und des Männerstolzes. Ja, man kann sogar sagen, daß er dem deutschen Volke eine ganz besondere Lebensanschauung aufprägte: Aufklärung erhält den schmutzigen Namen Auf-

klärung, Bildungshunger hieß Bildungsschwandel, Höflichkeit war verpönt und Anmaßung galt als Mut. Passivismus war Humanitätsdaselei, Moral gleich Moralien und im übrigen ging Gewalt über Recht. Wenn jeder anständige Mensch wünschte, der internationale Verkehr solle endlich die Formen des Privatlebens annehmen, so war die Militärkaste für das Umgekehrte. Und dieser gefährlichen Infizierung der öffentlichen Meinung setzte der Lehrer nichts entgegen, nein er schwamm mit. Er hat sich auch die militärischen Götzen aufhalsen lassen: Vaterland, Grenze, militärische Ehre, Krieg, Schlachten, Sieg und „vernünftigen Passivismus“, wie ihn Göring und Hitler verstehen. Der Lehrer trug sein gut Teil zur Vergötterung des Militärischen bei, er half mit, die Schulen zu Militärkasernen zu machen: Kaisergeburtstags- und Schlachtgedenkefeiern, sein Geschichts- und Turnunterricht, sein Verkehr mit den Eltern der Schüler und sein Nichtkommen von der Prügelstrafe sind Beweise genug.

Bei einem solchen Mangel an Standesbewußtsein, das ja auch der Kirche und ihren Dienern gegenüber fehlte, konnte es und kann es auch heute noch nicht anders in den Köpfen unserer Jugend aussehen.

Im Gegensatz zu einer gewissen Geschicklichkeit in Besoldungspolitik steht die Unfähigkeit, in höherer Politik auch nur über den landesüblichen Durchschnitt hinauszukommen.

In dem Geschichtsunterricht des Lehrerseminars hat man ihm Kenntnisse und eine Urteilsfähigkeit aufgenötigt, deren Naivität Steine erweichen könnte. Dieser Unterricht lag ganz in reaktionären Händen. Die preußische Geschichte war die übliche Raub- und Plünderungsgeschichte, ohne daß sich der Schüler dieser Tatsachen bewußt geworden wäre. Die Vertreter der Aufklärung wurden ihm so geschildert, daß er später selten einen Heine, Lessing oder Goethe in die Finger nahm. Er trug sein wesentliches Teil bei zu dem auch von der Frankfurter Zeitung festgestellten großen Begräbnis des Liberalismus. Von Bildung eines objektiven Geschichtsurteils nicht die Spur. Auch für ihn war sein Vaterland das herrlichste von allen und alles jenseits der Grenze minderwertig. Den Gewerkschaften und ihrem aufgenötigten Klassenkampf, den Linksparteien, den pazifistischen Bestrebungen gegenüber offenbarte er jene Uühle, zum Teil vorgeschriebene Vorkriegsansicht. Bei dem Worte „international“ gerät er heute noch in die bekannte naive nationale Entrüstung. Die Krone setzte er drauf, wenn er den Einfluß mancher moderner Anschauungen in die Schule abwinkte mit den Worten: Politik gehört nicht in die Schule. Dabei ist er und seine Schule das wichtigste Instrument der Politik und zwar nur der reaktionären, was er doch sicher von der Gegenwartsschule nicht abstreiten dürfte. Auch für ihn hat Kriege immer gegeben und wirds auch weiter geben; sie sind Schicksal und ebenso wenig wie Regen und Hagel zu besichtigen. Und dabei liegen Krieg und Frieden ganz in seiner Hand. Von der Kriegsschuldfrage hat er überhaupt keine Ahnung.

Mit dem Volk, dem er entstammt und dessen Kinder er unterrichtet (deshalb Volksschule), kann er keinen Kontakt

finden, weil er keinen sucht. Dabei liegt dort der Schlüssel zu allen Erfolgen. Er steht dem Proletariat am nächsten, ist sein berufener Führer, und mit ihm könnte er den Staat aus den Angeln heben. Aber er stellt sich lieber auf die Seite seiner Gegner: der Reaktion und der Kirche, die ihn als Werkzeug für ihre Interessen benötigen. Wann wird er sich all dessen bewußt werden? Bei den wenigen Freiheitsliebenden verfliegt auch manchmal das bißchen Liberalismus, wenn eine Rektorstelle in Aussicht steht.

Ich weiß, es gibt Ausnahmen. Hier sind einige dissidentische Lehrer, die der traurigsten Kulturreaktion zum Opfer fielen; dort waren einige als Pazifisten tätig. Wo war aber der berühmte, große, freie „Deutsche Lehrerverein“, der sich rühmte, mit seinen 145.000 Mitgliedern die größte Lehrervereinigung der Erde zu sein? Wo lag die Ursache seiner Erfolglosigkeit? Sein kulturelles Ziel war völlig unklar. Alle zehn Jahre wurde das Schulideal gewechselt: mal wars die weltliche, mal die simultane — in Wirklichkeit aber wars immer die konfessionell getrennte Volksschule. Zur eigenen Entschuldigung wurde die Schuld an der offensiblen Kulturreaktion meist einzelnen politischen Parteien zugeschoben, besonders der SPD; dabei litten beide — Lehrerverein und SPD — an derselben Krankheit. Seltsamerweise waren die Vereinszeitungen — Deutsche Lehrzeitung, Preussische Lehrzeitung und die Rheinische Lehrzeitung — gar nicht schlecht; aber die Masse des Vereins lag in politischer Lethargie. Aus dem mittelalterlichen Fall der Lehrerin Maldaque in Bayern hätte eine Volkshewegung werden müssen. Aber im allgemeinen war man der Ansicht, daß Lehrerangelegenheiten grundsätzlich nur in der Berufspresse besprochen werden sollten. Das war der Weg zur Verkapselung — aber der entgegengesetzte hätte zum Erfolg geführt.

Summarisch: Wie England als ehemaliger Lehrer seinen Mac Donald hat, Italien seinen Mussolini und Frankreich seinen Herriot, so hat Deutschland seinen „erledigten“ Erzberger und diesen Julius Streicher.

Was es alles gibt

Die Maßnahmen zur Wiedererweckung des bäuerlichen Brauchtums haben zahlreiche ländliche Gemeinden angeregt, auch innerhalb der Gemeindeverwaltung die alten Sitten und Bräuche deutschen Ursprungs wieder aufleben zu lassen. So haben, wie Kreisaußenschußinspektor Gutzeit (Cohrungen) in der „Landgemeinde“ mitteilt, verschiedentlich Bauernhöfe oder ihre Leiter Schulzestuben eingerichtet. Es wird hierbei davon ausgegangen, daß für eine ehrenamtlich geleitete Gemeinde nicht ein modern eingerichtetes Büro paßt. Zu einer solchen Schulzestube gehören nicht nur Schränke, Tisch und Stühle, sondern auch die Schulzestube, in der die wichtigsten Dorfakten aufbewahrt werden. Früher befand sich in der Schulzestube auch die Dorfbüchse (Dorfkasse). Zahlreiche Bauernhöfe und Landgemeinden verleihen ihren Schulzen jetzt wieder einen Schulzenstab als Zeichen ihrer Würde. Für die Form der Schulzenstube empfahl ein Ministerialerlaß, daß auf den Kopf des Schulzenstabes der Name des Dorfes und des Kreises einzutragen sind.

(Frankfurter Zeitung, 20. August.)

Wie ich Hauptmann von Köpenick wurde

Von Wilhelm Voigt

Voigt schilderte im vergangenen Kapitel das Ende des Köpenicker Abenteuers. Die Mannschaften marschierten ab, der Herr Hauptmann ging unbehelligt zu Fuß zum Bahnhof und fuhr mit dem Zuge nach Berlin. Bald darauf kam alles heraus. Eine fieberhafte Suche nach dem Eroberer von Köpenick begann, während die ganze Welt alarmierend lachte. 3000 Mark Belohnung wurden für die Entdeckung des Täters ausgesetzt. Es fand sich ein Verräter...

Wilhelm Voigt stand einige Monate später vor den Geschworenen im überfüllten Gerichtssaal. Journalisten aus allen Ländern waren gekommen. Voigt erzählte die Geschichte seines Lebens: „Was ich brachte, war nichts als Wahrheit.“ Wilhelm Voigt eroberte sich Köpfe und Herzen. Aber dann traten die Zeugen auf. Nun lachte man wieder.

Auch über die Augenblickssituation des Unterzeichners der Quittung und der Übergabe des Geldes drückte er sich so ungenau wie nur möglich aus.

Wirklich großartig und bezeichnend war das Verhalten des Richters gegen Kallenberg; während die anderen Zeugen nach ihrer Vernehmung im Saal bleiben durften, mußte jener auf Anordnung des Richters sofort nach seiner Aussage den Sitzungssaal verlassen.

Da die vorhandenen Zeugen der Staatsanwaltschaft zu der Sache selbst nichts mehr zu sagen hatten, ging der Gerichtshof jetzt zu der Vernehmung meiner Leumundszeugen über.

Es waren in dem Anstaltsgeistlichen, dem Anstaltslehrer und dem Oekonomieinspektor Leute vorhanden, die mich fast ein halbes Menschenalter täglich in meinem Tun und Lassen beobachtet hatten.

Da war ferner mein Chef aus Wismar, ein Mann, der sich selbst emporgearbeitet hatte, der die Mühen, Sorgen und Nöte des Lebens genau kannte und der an meiner Sache gar nicht interessiert war. Das waren Zeugnisse, die schwer ins Gewicht fielen!

Was sonst noch von Zeugen vorhanden war, hat ja weniger Bedeutung. Ich konnte bemerken, wie alles dies doch eine sehr ernste Stimmung im Publikum hervorrief. Als dann die ganzen Machinationen des Bürokratismus klar vor aller Augen lagen, fühlte ich förmlich die Teilnahme, die für mich und meine Angelegenheit unter den Anwesenden Platz griff.

Als nach Schluß der Beweisaufnahme der Staatsanwalt zu seinem Plädoyer das Wort ergriff, da lauschte alles mit großer Spannung, wie er sich zu der Sache stellen würde.

Der Staatsanwalt suchte in seiner Rede diese Teilnahme soviel wie möglich zu verwischen. Mit negativem Erfolg!

In seinen Eingangsworten sagte er, ich hätte eine Tat vollbracht, die die Bewunderung der ganzen Welt erregt hätte. Diese Bewunderung verdiene ich aber nicht, denn ich hätte den ganzen Staatsorganismus in Trümmer geschlagen! Ich fand diese Ausdrucksweise etwas eigentümlich! Ich, der bescheidene Mann, der friedlich seines Weges dahinzieht, dem jede Gewalttat in seinem Leben ferngelegen hat, mit zehn Gardesoldaten, drei Gendarmen und zirka sieben Polizeibeamten die ganze Staatsordnung in Trümmer geschlagen!

Ich habe ihm nichts darauf geantwortet und mir nur das Entsprechende dabei gedacht.

Weiter fuhr er fort, mich und meine Auslassungen zu widerlegen, und zwar in einem neuen merkwürdigen Satze.

Er behauptete, wenn es mir nur um einen Paß zu tun gewesen wäre, dann hätte ich nicht nach Köpenick zu gehen brauchen, den hätte ich mir in der ersten besten Kaschemme holen können.

Das heißt, der Mann, der mich jetzt eben wegen Urkundenfälschung zur Verantwortung ziehen will, zeigt mir einen Ausweg, der, wenn ich ihn betreten hätte, mich doch wohl gleichfalls zum Urkundenfälscher gemacht hätte!

Das ist nun allerdings ein sehr eigenartiges Ansinnen, um so mehr, da mir die Kaschemmen gänzlich unbekannte Orte sind und ich mich erst beim Herrn Staatsanwalt hätte erkundigen müssen, was darunter zu verstehen ist und was da etwa für mich zu holen gewesen wäre.

Zum Schluß beantragte er eine Strafe von fünf Jahren Zuchthaus.

Zunächst trat mein Rechtsanwalt Dr. Schwandt auf und hielt seine Rede, welche lediglich die moralische Seite der Angelegenheit zum Vorwurf hatte.

Ich war bereits durch die Verhandlung so erschöpft, daß ich sie am liebsten in Anbetracht meiner Gesundheit auf einige Stunden unterbrochen gesehen hätte, aber ich ließ es gehen, nur konnte ich nicht mehr mit der nötigen Aufmerksamkeit der Rede meines Verteidigers folgen und habe deshalb auch nicht bemerkt, welchen Eindruck dieselbe auf die Anwesenden gemacht hat. Nach ihm ergriff mein zweiter Verteidiger, Rechtsanwalt Bahn, das Wort.

Er hatte die rechtliche Seite als sein Thema gewählt. Er behauptete, daß meine Behandlung in Mecklenburg nicht auf dem Boden des Gesetzes gestanden hätte, mithin eine ungesetzliche Gewalttat gewesen sei. Er enthüllte klar, wie durch die Manipulationen der Polizeibehörden die Verbrecher und das Verbrechertum geradezu gezüchtet würden; er machte darauf aufmerksam, daß Gesetze, die vor sechzig Jahren am Platze waren, bei den heutigen Kulturverhältnissen und Lebensbedingungen nicht mehr anzuwenden seien und daß sie gerade das Entgegengesetzte von dem zeitigen, was sie nach der Absicht des Gesetzgebers wirken sollten.

Keiner von beiden Herren hatte ein bestimmtes Strafmaß ins Auge gefaßt. Selbst mildernde Umstände hatten sie nicht beantragt. Ich glaube, sie hielten den vorliegenden Tatsachen gegenüber einen solchen Antrag nicht mehr für nötig.

Als ich schließlich auch gefragt wurde, ob ich nun auch selbst etwas zu sagen hätte, konnte ich das, was ich eigentlich hätte dem Gerichtshof sagen wollen, nicht mehr vortragen, weil meine Körperkraft zu Ende war. Ich sagte deshalb in kurzen Worten, ich schliesse mich den Ausführungen meiner Verteidiger an und bitte um eine milde Beurteilung meiner Sache.

Als ich geendet, wandte sich noch der Vorsitzende, im Begriffe aufzustehen, an seine beisitzenden Richter mit den Worten:

„Also mildernde Umstände!“
Darauf verließen sie den Sitzungssaal und betraten den Beratungssaal. Ich hatte beobachtet, daß die Erregung im Zuhörerraum sich von Stunde zu Stunde gesteigert hatte.

Nachdem der Gerichtshof den Saal verlassen, traten die Leute in Gruppen zusammen und unterhielten sich lebhaft über das, was eben an ihren Augen und Ohren vorüber gezogen war.

Ich selbst sah mit einer gewissen Ruhe dem entgegen, was da kommen konnte.

Es währte ungemünz lange, bevor der Gerichtshof sich über die zu fallende Strafe geeinigt hatte.

Selbst der Staatsanwalt war ungeduldig geworden.

Der Vorsitzende entschuldigte sich fast über die lange Verzögerung und führte dabei aus, daß ich dem Gerichtshof mit meiner Tat eine harte Nuß zu knacken gegeben hätte.

Ob der Gerichtshof mit seinem Urteil diese nun wirklich geknackt hat, das dürfte wohl der juristischen Nachprüfung unterliegen.

Im ersten Ton verkündete er zunächst das gefällte Urteil:

Vier Jahre Gefängnis!

Mir fiel es auf, wie der Vorsitzende sich bei der Klärung der juristischen Gründe fast durchweg an den Wortlaut des Plädoyers des Staatsanwaltes hielt. Er wiederholte sogar ganze Sätze aus der Anklageschrift wörtlich! Andererseits schien es, als könnte er sich auch den Gründen, die gegen die Auffassung des Staatsanwaltes sprachen, nicht verschließen.

Fast väterlich war der Ton, in welchem er mich darüber belehrte, daß nur auf Grund der harten Vorstrafen das Urteil so gefallen war.

Es war unverkennbar, daß auch die große Mehrzahl der Zuhörer sich über die Bedeutung dieser Stunde vollkommen klar waren. Etwa zwei Monate nach meiner Entlassung schrieb mir eine Dame, welche durch die irrigen Zeitungsnotizen über mich und mein Handeln zu einer falschen Ansicht gekommen war, ich möchte die Weihe, die über der Stunde des Gerichts gelegen hätte, nicht dadurch zerstören, daß ich mich zu Handlungen verlocken ließe, die den gerechten Unwillen meiner Freunde heraufbeschwören würden.

Nun folgte etwas, was wohl in der Rechtspflege ohne Beispiel dasteht:

Nachdem ich auf die Frage, ob ich das Urteil annehme, bejahend geantwortet hatte, war die Sitzung geschlossen.

Der Vorsitzende legte sein Barett ab, zog seinen Talar aus, trat zu mir an die Schranken und wünschte mir „Gottes Segen“, daß ich meine Strafe gesund überstehen möge.

Ich selbst war von diesem unerwarteten Vorgange so betroffen, daß ich im Augenblick gar nicht darauf zu antworten vermochte. Erst aus meiner Haft heraus schrieb ich einen Brief an den Herrn Gerichtsdirektor, um mich für mein damals fast tölpelhaftes Benehmen, das durch die Erregung, des Augenblicks hervorgerufen war, zu entschuldigen, und für seine Freundlichkeit zu danken, deren ganze Bedeutung ich wohl ermesse.

War es mir doch ein Zeichen, wie schwer es dem Gerichtshof geworden sein mußte, dieses Urteil gegen mich zu fällen.

Wieder im Gefängnis

Ich wurde kurze Zeit, etwa zehn Tage, nachdem das Urteil rechtskräftig geworden, zur Verbüßung meiner Strafe in die Gefängnisanstalt nach Tegel übergeführt.

Schon am Nachmittag desselben Tages besuchte mich der Direktor, und die ersten Worte, die er an mich richtete, sind mir heute noch gegenwärtig:

„Nun sind Sie also nach langer Irrfahrt hier gelandet!“
„Jawohl, Herr Direktor,“ antwortete ich, „aber an welchem Ufer!“

Es ist mir sehr erfreulich, hier sagen zu können, daß die Gefängnisanstalt Tegel, sowohl was die Beamtschaft anlangt, wie in bezug auf Pflege und Fürsorge, geradezu mustergültig genannt zu werden verdient. Gerade ich konnte dies am besten beurteilen.

Mir persönlich ist man stets von allen Seiten mit — ich möchte sagen — freundlicher Zuverlässigkeit begegnet, bis zu dem Augenblick, da sich die Tore der Freiheit für mich wieder aufhatten.

Es hatten sich bekanntlich sowohl während meiner Untersuchungshaft wie auch nach meiner Verurteilung viele Freunde und Freundinnen gefunden, die Geldmittel und sonstige Spenden aufbrachten und sich auch für meine Zukunft bemühten.

Nach meiner Entlassung überlieferte mir eine bekannte Berliner Zeitung, als Ergebnis einer öffentlichen Sammlung, fast 2000 Mark, ein Frankfurter Blatt 440 Mark.

Achtundvierzig Stunden nach meiner Verurteilung erhielt ich durch Vermittlung einer Dame aus den ersten Kreisen Berlins die feste Zusicherung, daß mir, solange ich in Haft war, 50 Mark monatlich und nach meiner Entlassung bis zu meinem Tode 100 Mark monatlich ausbezahlt werden sollten.

Wenn man Zeitungsnotizen aus jener Zeit Glauben schenken wollte, so müßte ich heute ein sehr reicher Mann sein... Nur ich selbst habe davon nichts gemerkt.

Das Gerücht, daß mir große Geldsummen zugewendet sein sollten, veranlaßte in der nächsten Zeit einen ganz eigenartigen Briefwechsel. Hunderte von solchen Briefen trafen in der Anstalt ein, die alle beinahe denselben Wortlaut hatten:

„Sie sind jetzt ein reicher Mann, verfügen über Geldmittel, also helfen Sie auch jetzt uns armen Bedrängten!“

Dann wurde die Summe aufgeführt, die notwendig war, um den Briefschreiber aus seiner bedrängten Lage zu befreien.

Die höchste Summe, die mir abgefordert wurde, betrug 6000 Mark, und dann ging es von Tausenden zu Hunderten hinab und von hundert Mark zu kleineren Beträgen.

Der Gefängnisinspektor versicherte mir schon nach vier Monaten, daß, wenn alles das, was von mir gefordert wurde, von der Verwaltung ausbezahlt würde, ich bereits über 100 000 Mark verausgabt hätte.

Die Briefe und Karten, die mir aus allen Weltteilen und fast allen Staaten der Erde zuzugingen, setzten mich oft in großes Erstaunen darüber, was in der Welt geschah und gesprochen wurde; und daß man das alles als bekannt voraussetzte, während ich doch davon keine Ahnung hatte.

Wiederholt bin ich in Briefen und Karten dazu aufgefordert worden, doch etwas für meine Befreiung zu tun.

Allein die Wege, die man mir dazu vorschlug, konnte ich nicht betreten.

Ich hatte mich so ziemlich darin gefunden, daß ein Gnadengesuch aussichtslos sein würde, und meine ganze Hoffnung darauf gesetzt, nach verbüßter Strafe von drei Jahren „vorläufig“ entlassen zu werden.

Ob von anderer Seite in meiner Angelegenheit Gesuche um Begnadigung bei Sr. Majestät dem Kaiser gemacht worden sind, weiß ich nicht.

Es kam mir und allen, die teilnahmen an meinem Schicksal, deshalb auch ganz unerwartet und überraschend, als plötzlich direkt auf

Ordre Sr. Majestät des Kaisers meine Freilassung erfolgte.

Freiheit! Freiheit!

Es war an einem Sonntagnachmittag, etwa 3.45 Uhr, als ein stellvertretender Beamter des Sekretariats in Begleitung des Oberaufsehers meine Zelle betrat, in der ich gedankenlos auf und ab schritt. In der einen Hand hielt der Beamte meine Personalkarte, darauf liegend ein kleines Papier.

Die Freude leuchtete beiden aus den Augen.

Es war ein ungewohnter Vorgang, zu ungewohnter Zeit, als der Beamte den Mund öffnete und mir sagte:

„Herr Voigt, ich habe Ihnen eine erfreuliche Nachricht mitzuteilen!“

Da fuhr es mir wie ein Blitz durchs Gehirn:

„Da wirst frei!“

Als er dann aber weiter fortfuhr, daß ich auf Befehl Sr. Majestät des Kaisers sofort in Freiheit gesetzt würde, war ich vor Überraschung zunächst ganz sprachlos und auch die Herrschaft über meine Sinne und Glieder verließen mich — ich taumelte rückwärts gegen die Wand.

Mit Mühe ermunterte man mich so weit, daß ich dem Beamten wenigstens in die Freiheit folgen konnte. Er war mir beim Zusammenlegen der wenigen Sachen, die mein persönliches Eigentum darstellten, behilflich und führte mich in die Räume der Hausväterei, damit ich mich dort umkleidete. Ich war in so großer Erregung, daß mir das ohne Beihilfe gar nicht gelingen wollte und die Beamten mich selbst beim Anlegen meiner Kleidungsstücke unterstützen mußten.

Der Kassenbeamte war nicht im Dienst. Andere Oberbeamte auch nicht. Deshalb schoß mir der stellvertretende Sekretär aus seinem eigenen Bestande eine Mark vor. Diese in der Tasche, eilte ich hinaus in die Freiheit. Es war ein wunderschöner, heller Tag, der erste regenlose Sonn- oder Feiertag des ganzen Jahres.

Ein Gefühl des Wohlbehagens durchströmte mir Leib und Seele.

So lange in der trostlosen Einsamkeit, in die kaum ein Ton menschlichen Lebens hineindringt! Ich glaube nicht, daß ich in der ganzen Zeit meines Aufenthaltes in Tegel fünfzig Menschen außerhalb der Gefängnismauern gesehen habe. Wenn auch mein Blick über die Mauer hinausreichte, so war doch die Gegend, die ich übersehen konnte, so abgelegen, daß selten ein menschlicher Fuß sie betrat.

Ich konnte nur Sand, Fichten und das Laub der Bäume sehen. Mit einem gewissen Wohlbehagen durchschritt ich die Straßen des Vorortes und freute mich an den wandernden, fröhlichen Menschen.

Ich wußte, mit welcher Teilnahme mein Ergehen in Tegel und meine Freilassung in der Welt verfolgt wurde.

War es mir doch zu Ohren gekommen, daß viele meiner Freunde sich verabredet hatten, am Tage meiner Freilassung vor den Toren des Hauses auf mich zu warten und mich abzuholen.

Hatten sich doch schon einmal früher, als das Gerücht verbreitet wurde, ich würde freigelassen, Hunderte von Menschen eingefunden, die mich sehen wollten.

Und heute?

Keiner von diesen Menschen dachte daran, daß ich unter ihnen wandelte, und so konnte ich unbelästigt das heitere Leben, das an schönen Sonntagen die Vororte von Berlin durchflutete, genießen.

Die erste Stunde der Freiheit, die direkt der Gnade entflossen, unerwartet und doch so erwünscht kam, kann ich mit Worten nicht schildern! So etwas muß man erlebt haben! . . .

(Schluß folgt)

Die jüdische Anwaltschaft im „dritten Reich“ Ein Flugzettel

Von Hans Kilian

(Siehe auch Nr. 211 der „Deutschen Freiheit“ vom Mittwoch, 12. September 1934.)

III.

Schon der Tag, daß die jüdischen Rechtsanwälte offiziell als gleichberechtigt behandelt werden, bedarf gewisser Einschränkungen. Zunächst sind gesetzliche Beschränkungen des anwaltlichen Wirkungsbereiches erlassen worden, die nur für jüdische Anwälte gelten.

§ 14 der ersten Durchführungsverordnung zum Reichserbvererbengesetz vom 19. 10. 33 bestimmt, daß vor den Ackerbesitzenden Personen nichtarischer Abstammung als Prozeßbevollmächtigte und Beistände ausgeschlossen sind.

§ 66 des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit vom 20. 1. 34 läßt im arbeitsgerichtlichen Verfahren erster Instanz im Gegensatz zur bisherigen Regelung Rechtsanwälte als Prozeßbevollmächtigte und Beistände zu. Um jedoch sicherzustellen, daß diese Zulassung eine einseitige Nazidomäne wird, daß jedwede Juden ausgeschlossen bleiben, werden nur diejenigen Anwälte zugelassen, die im Einzelfall von Seiten der deutschen Arbeitsschicht zur Vertretung einer Partei ermächtigt sind. Vier liegt also jegliches sanktioniertes unparteiischer Wettbewerb vor. Auf dem Gebiet des Arbeitsrechtes hatte die jüdische Anwaltschaft und Wissenschaft einen hohen Rang, man denke etwa an Hugo Sinzheimer oder Franz Neumann.

Niel ausgiebiger als diese gesetzliche Schädigung sind jedoch die Einschränkungen der Arbeitsangehörigen, die mit den Mitteln der Diffamierung, des Boykotts, der Verächtlichmachung der Kollegialität erreicht wurden.

Die wichtigste Grundlage dieser Bestrebungen war die Umwandlung des deutschen Anwaltsvereins, der bis zum „Umbruch“ allen Anwälten als Organisation offenstand, in eine Kameradschaft des „Nationalsozialistischen Deutschen Juristenbundes“, mit der selbstverständlichen Folge der Vernichtung der jüdischen Anwälte aus diesem Bund und der Vernichtung der jüdischen Organisation und Propaganda der Anwaltschaft durch den Nazi-Juristenbund. Die jüdischen Anwälte unterlagte man ausdrücklich jede eigene Organisation. So verlor sie durch den Ausschluss aus dem gleichgeschalteten Monopolverband nicht nur jedes Recht an dem von ihm mitgeschaffenen Vereinsvermögen, sondern auch die Möglichkeit, ihren Namen in das von dem Monopolverband herausgegebene offizielle Anwaltsverzeichnis einzutragen, nehmen zu lassen. Da sich dieses Verzeichnis alle Gerichte, Behörden, große Firmen, Banken, Verbände, Anwälte, vielfach auch das Ausland, bedienen, wenn sie die Adresse eines Anwalts an einem bestimmten Orte ausfindig machen wollen, wird durch das Verzeichnis einseitig für die „Arier“ Propaganda und gegen die Juden stiller Boykott gemacht.

Nicht anders wirkt der Ausschluss der jüdischen Anwälte aus dem Anwaltskammerverbanden. Die jüdische Anwaltschaft verlor dadurch nicht nur ihre Vertrauensleute in den von den Anwaltskammervorständen gebildeten anwaltschaftlichen Ehrengerichteten, sie erlitt auch durch die durch wieder wirtschaftlichen Schaden. Vielfach haben sich nämlich rechtstunende Parteien, vor allem solche, die von anwarts einen Anwalt suchen, auf Grund des Anwaltsverzeichnis an die als Mitglieder des Kammerverbandes bezeichneten Anwälte gewendet, in der Annahme, dann jedenfalls einen ehrenhaften und angesehenen Anwalt als Vertreter zu bekommen. Diese propagandistische Wirkung kommt nunmehr ebenfalls einseitig den „Ariern“ und, bei der persönlichen Befehung der Kammerpräsidenten im „dritten Reich“, vorwiegend den Nazi zu. So wird denn auch alle in Betracht, daß trotz des außerordentlichen Rückganges der gesamten Anwaltschaft in Deutschland die an der Spitze der Anwaltskammern stehenden Nazi mit Arbeit überhäuft sind, was der offensichtlichste Zweck der Uebung ist.

Die so geübte Diffamierung des jüdischen Anwaltes wird unterstrichen durch das von vielen Anwaltskammervorständen erlassene Verbot von Assoziationen und Kongressen zwischen „Ariern“ und Juden, das zahlreiche Rechtsanwältinnen zwang, durchaus harmonische und für beide Teile vorteilhafte Gemeinschaften aufzugeben.

Von der Minderung der direkten Einschränkung der Arbeitsangehörigen liegt die Entziehung und Nichtverteilung von anwaltschaftlichen Aufträgen durch die öffentliche Hand (Staat, Gemeinde, Post, Reichsbahn, armistische wirtschaftliche Betriebe), die bislang hervorstechend jüdische Juristen vielfach als Berater und Prozeßbevollmächtigte hatten, der faktische Ausschluss des jüdischen Anwalts von der Stellung als Konkursverwalter, als Verwaltungsverwalter im Verwaltungsverfahren, der Nachlassungsverwaltung und ähnlichen Ämtern, die von den Gerichten in aller Regel an jüdische Anwälte nicht mehr vergeben werden, ebenso an jüdische Anwälte die Mehrbräutig der jüdischen Anwälte von der Zuweisung von Armenhäusern, der Ausschluss von Rechtsberatungsstellen, ihre Ausschaltung von den Syndikatsstellen in Industrie und Handel, Banken und Wirtschaftverbänden, ihre inoffizielle Herausdrängung aus den Aufsichtsräten wirtschaftlicher Unternehmungen.

Man sollte meinen, daß diese schwere Schädigung und Entziehung der jüdischen Anwaltschaft auch ihren Gegnern hätte ausreichen können. Allein, wer das glaubt, kennt nicht ihre Treue und ihre Gemeinheit. Die Abreibung der Arbeitsangehörigen wurde durch eine ganze Reihe inoffizieller Maßnahmen zu einem fast lückenlosen System ergänzt. Zunächst wurde ein scharfer Druck auf alle Einzelpersonen, Firmen und Organisationen ausgeübt, die in irgend einer Form von Aufträgen der öffentlichen Hand (Industrie, Handel und des Handwerks) befaßt sind (und das ist heute der Großteil der Industrie, des Handels und des Handwerks). Ihnen wurde bedeutet, daß derjenige, der sich nicht vom jüdischen Anwalt trenne, mit Vorenthaltung und Entziehung der Aufträge zu rechnen habe. Die desbezügliche vielfach geradewegige Denunziationstätigkeit, die auch „artistische“ Verschuldung der Behörden, um sich gegenläufig durch die öffentlichen Aufträge abzuwickeln, jüdischer Anwälte die öffentlichen Aufträge abzuwickeln, gehen nicht nur die direkten Wege, sondern auch indirekte über die politische Post, die Deutsche Arbeitsfront, die RSD, die wirtschaftlichen Verbände, die alle bei diesem edlen Bestreben mit von der Partie sind.

Klienten aber, gegen die solcher Druck nicht in Frage kam oder die ihm widerstanden, wurden weiterhin durch Boykott und Drohungen in Mitleidenschaft gezogen. Ein befehlendes und Drohendes war die Anweisung von Bezirksvereinen des Nazi-Juristenbundes an ihre Nazimitglieder, von den an den Türen der Angeklagten hiesigen Leisten von Prozeßparteien und Angeklagten hiesigen Leisten zu treten und zu werden, die von jüdischen Anwälten vertreten wurden und diese Leisten wurden später unterveröffentlicht. Die Veröffentlichungen wurden später veröffentlicht, nicht aber die Anlegung solcher Leisten, die genügt, um das Publikum in Angst zu halten. Dazu kam die öffentliche Propaganda gegen die jüdische Anwaltschaft in öffentlichen Versammlungen, aus vor Jugendlichen, wo immer wieder die Warnung einzuwirken wurde, nicht zum jüdischen Anwalt und zum jüdischen Anwalt zu gehen. Auch in den Versammlungen von Wirtschaftverbänden, vor allem der RSD, und der Deutschen Arbeitsschicht, wird ständig im ge-

hen Sinn die Trommel gerührt. Der Boykott bringt auch in den privaten und gesellschaftlichen Verkehr ein, indem dort gesündigt verbreitet wird, der jüdische Anwalt könne nicht mehr „auftreten“, er finde bei den Nazis kein Gehör, man wisse doch, wie die Richter eingeklinkt seien, man verliere den Prozeß „tot“, wenn man zum jüdischen Anwalt gehe, außerdem handle man dadurch auch noch gegen den Willen der Bewegung. Es sind zahllose Fälle bekannt, wo Beamte der verschiedenen Kategorien, die sich in Privatangelegenheiten von jüdischen Anwälten vertreten lassen, vor ihre Dienststellen geladen wurden und dort den „Rat“ erteilten, sich doch nicht dadurch zu „schaden“.

Hierzu kommt dann noch für den jüdischen Anwalt in stets wachsendem Maße die Unmöglichkeit, sich beim Publikum und den Standesgenossen durch wissenschaftliche Publikationen bekannt zu machen. Alle großen juristischen Fachblätter sind gleichgeschaltet, ihre Herausgeber vom Nazijuristenbund abhängig und derart kontrolliert, daß sie ohne dessen placet nicht die kleinste Abhandlung aufnehmen können. Der jüdische Anwalt ist also faktisch von der Publikationsmöglichkeit in Zeitschriften ausgeschlossen. Ebenfalls aber findet sich ein inländischer Verleger, der von ihm einen Kommentar, ein Handbuch, ein Lehrbuch veröffentlichen würde, von ganz seltenen Ausnahmen abgesehen. Dieser Zustand hat nicht nur die jüdischen Anwälte geschädigt, sondern auch das Niveau der Fachorgane gesenkt. Wer etwa heute verurteilt ist, den platten Text zu lesen, den die juristische Wochenzeitschrift „Abendblätter“ ihren bedauerenswerten Lesern vorlegt, denkt mit Wehmut an die Zeiten zurück, wo sie ein Julius Roßmann zum unentbehrlichen geistigen Hülfsmittel der gesamten Rechtsanwaltschaft zu erhalten wußte.

In allen diesen wirtschaftlichen Mitteln kommen dann noch Schikanen aller Art, die Rechtsunsicherheit des jüdischen Anwalts und sein ungenügendes Einkommen. In den Schikanen gehören vor allem die Schwierigkeiten, die man den jüdischen Anwälten macht, wenn sie einen Vertreter brauchen. Insbesondere wird Referendaren und Advokaten, die zur Ausbildung oder Weiterbildung oder gegen Entgelt beim jüdischen Anwalt arbeiten, dienlich bedeutet, daß dies „unerwünscht“ sei und ihrer Qualifikation schade. Beförderungen und Verhöörungen jüdischer Anwälte vor Gerichten durch Parteien und Neuzug wird vielfach nicht mit Rücksicht auf die Energie entgegenzusetzen wenn auch verlangt werden muß, daß das persönliche Auftreten der Richter vor Gericht gegenüber dem jüdischen Anwalt der einzige Lichtblick ist und von Ausnahmen abgesehen, als anständig anerkannt wird. Immerhin entsteht durch die Schlechterstellung des jüdischen Anwaltes, mit der Verhängung von Hausverboten, von Schenkungen und sonstigen Freiheitsbeschränkungen und die politischen und die Unterdrückungsmaßnahmen gegenüber jüdischen Anwälten aus den wichtigsten Anlässen sehr über bei der Hand, kriminelle Mord gegenüber jüdischen Anwälten, wie sie teils ganz offen, teils unter der Tarnung der „Gründung auf der Nacht“ n. a. in Berlin, Kiel, Chemnitz, Griesheim, Schil, Kassel, München vorgekommen sind, sind ausnahmslos ungeführt geblieben, die Rindheit der lang zu ständigen Hilfspolizei hat nirgendwo an der Aufhebung der Täter erreicht.

Das Publikum schenkt naturgemäß schon die bloße Möglichkeit, bei der Hebertragung einer Rechtsangelegenheit einen Anwalt in Angst und Sorge um den eigenen Rechtsschutz zu müssen, nicht an ihm einen starken Rückhalt gegen Unrecht und Willkür zu haben. Es lehnt die Gefahr, daß sein Vertreter auf Karriere oder längere Zeit an der Berufsausübung ohne rechtserhaltenden Grund verhindert werden kann, das Unbehagen, oft zur Verteidigung privater Sach- und Vermögenswerte, seine Handlungen durchzuführen, das Berufsgeheimnis des Anwaltes zu durchbrechen und mit einem Anwalt, der sich hiergegen zur Wehr setzen würde, kurzen Prozeß machen würde. Alle diese Umstände wirken also praktisch im Sinne eines Angstboykotts gegen den jüdischen Anwalt.

IV.

Bei solchen Verhältnissen ist es einigermassen kannenwert und hinsichtlich der menschlichen Anhängigkeit tröstlich, daß trotz aller dieser Wirkungen ein Teil des Publikums, und zwar keineswegs nur das jüdische Publikum, dem zugelassenen jüdischen Rechtsanwalt treugeblieben ist. Nicht selten äußert sich die Treue in der Weise, daß der Klient bei Anwaltswechseln die öffentlichen Beziehungen, sich von Nazi vertreten läßt, und sich denn auch jüdischen Anwälten, zu dem er zwecks innerer Beratung oder zwecks Abklärung von Verträgen und dergleichen in die Sprechstunde kommt, sich in drastischer Weise über das menschliche und juristische Niveau seines öffentlichen Vertreters äußert. Im allgemeinen aber ist die Praxis der jüdischen Anwälte durch die Summe von Bedrückungen auf ein Minimum herabgesunken, und zwar auch in ebensolchen bedeutenden Kamereien. Ganz Vereinzelt ist es gelungen, sich einen erheblichen Teil ihrer Praxis zu erhalten, die große Masse ist proletarisiert, vielen fehlt das Notwendige zum Leben, viele haben trotz der Fortdauer ihrer Zulassung ein aus Ehen- und Charaktergründen, aus unüberwindlichem Ekel vor dem Treiben der Nazi, vorgezogen die Anwaltschaft aufzugeben und Deutschland zu verlassen. Bei manchen ist das Gleiche geschehen, um unbedeutender Verfolgung oder Naziprivatfeindschaft zu entgehen.

Herr Leschke aus Berlin

Ein Hauptmann von Köpenick im Braunhemd

Die „Ballen Nationalzeitung“ erzählt folgende Geschichte:

Ende des Jahres 1933 wurde eine der bedeutendsten deutschen Auslandskolonien von über 60.000 Köpenick, die selbstverständlich auch eine starke Nationalsozialistische Partei umfaßt, weil aber im Ausland die Gleichhaltung aller Deutschen nicht so einfach ist wie im „dritten Reich“ selbst, gibt es in der Budapest Gruppe (scharfe Meinungsverschiedenheiten und Machtkämpfe, Gruppenführer Baaner und die offizielle deutsche Gesandtschaft stehen einander in den Haaren, jede Instanz wagt den größeren Anhang unter den Ungarn-Deutschen zu bekämpfen. Die Aufstände wurden unahnbare, man dachte sich um Instruktionen nach Berlin an die oberste Parteileitung.

Schon nach wenigen Tagen erschien aus Berlin ein krammer junger Mann von wenig mehr als 30 Jahren, der sich bei Bier und Wein in den verschiedenen deutschen Kreisen und den ganzen Zehnerzahl des langen und breiten auseinandersehen ließ. In allen Einzelheiten informiert, stellte sich der brave Dittlermann bei der Gesandtschaft als Herr Leschke aus Berlin vor, teilte Besorgungen und Bemerkungen aus über die Art und Weise, ausländische Ortsgruppen zu führen, den deutschen Gesandtschaftsrat als Gruppe überkam. Donnerwetter, dachte er, nun heißt es sich aber mit dem Berliner Parteikontrollrat gut stellen. So lud er denn den gestrigen Herr Leschke ins Hotel ein und machte

In einer Stadt, nach der ein großer Verein jüngst seinen Jahresausflug veranstaltet hat, wurde gegen den Vereinsvorsitzenden folgender Flugzettel verbreitet. Die von unserem redaktionellen Vorgesetzten gestrichenen Worte kann sich jeder singemäßig nach Belieben einsetzen.

Totenklage der erschlagenen ... und ... oder des politischen Hammelfängers von ... Glück und Ende

(Melodie: 30 halt' einen Kameraden.)

Wir hatt'n einen Kameraden,
Einen schlimmern findst du nit.
Die Trommel schlug um Streite
Wir ging'n an seiner Seite
Und socht'n uns einen Tritt.

Die Ideale schwanden,
Doch höher stieg das Blut.
Die wahren Freiheitskämpfer
Erhielten einen Dämpfer,
Man pfliff sie scharf zurück ...

(Chor der ... und ...
„Und der „Retter“ abjetzt, wenn er
unsern Willen tut.“)

Doch als wir leise mahnten:
„Nach Rechts geh'n wir nicht mit!“
Wie Siegfried einst durch Hagen
Sich er uns leig erschlagen
Und gab uns einen Tritt.

(Chor der ...
„Exoriat aliquis nostris ex ossibus
ultor“)

Und die die Hand hoch reichen
Dem blühen Kamerad,
Das sind nur Seinesgleichen
Sie gehen über Leichen
Und läen schlimme Tat.

(Chor der ...
„Wir werden ihn fassieren,
Die Konstrukt couleeren,
Die Kalle und die Chren
Die stellen ungelohnt,
Tamt, die stellen ungelohnt,
Er selber lebt,
Weiß Rindboch,
In politisch,
Sitt ... er gemeten.“)

Nachdruck in beliebiger Auflage gestattet.

Wäre es wahr, was die Nazi behaupten, daß die jüdische Anwaltschaft eine ideale jüdische Organisation ist, so könnte man sagen, daß der Nazifeldzug gegen die jüdischen Anwälte der jüdische Kampf gegen fremde Existenz, gegen fremdes Geld und Gut ist, den vielleicht die Geschichte kennt. So ist es denn für jeden anständig Denkenden eine Genugtuung, daß dieser Feldzug ironischerweise seines negativen Ziels der Vernichtung fremder Existenz, das positive Ziel einer wirtschaftlichen Befreiung der Ränder aller in allem nur in sehr geringem Umfang erreicht hat. Durch die ungebührliche Rechtsunsicherheit in Deutschland den schweren Druck, der auf jedem laßt, der gegen einen der zahlreichen Erbenhänger vorzugehen will, durch die profunde Abschaffung des Rechtskampfes für ganze Bevölkerungsschichten ist die Zahl der Rechtsstreitigkeiten nicht minder zurückgegangen wie durch die Fortdauer der schweren Krise, die es den Rechtsinhabenden doppelt überlegen läßt, ob er sein Geld in eine so unsichere Sache, wie es die deutsche Justiz im „dritten Reich“ geworden ist, investieren soll. Von „Bonzen“ abgesehen haben heute antell die Räuber kaum mehr zu tun, als früher. Dazu sind durch die massenhaften Vermögensverlusten viele „Arier“ in die Rechtsanwaltschaft geflohen, denen man nach den Ostergelegen die Zulassung nicht verweigern konnte. So war kurze Zeit nach dem Einmarsch der Juden die Gesamtzahl der Anwälte schon wieder mindestens so hoch, wie sie vor dem Einmarsch gewesen war. Das Ansehen der Anwaltschaft hat sich durch diese Vorgänge ganz allgemein verschlechtert. Vor allem ist nicht mehr der Glaube verbreitet, daß der Anwalt dem Rechtstunenden ein wirksamer Schutz und dort gegen alle Willkür und verbrecherische Gewalt von oben leistet. Dabei kann man es nicht einmal als eine Schande der Anwaltschaft, vor allem nicht der jüdischen Anwaltschaft ansehen, wenn sie auch für sich ihren Dabitus stark verändert hat, insbesondere heute ganz allgemein nach oben leitet. Bei den bestehenden Verhältnissen ist dies meißens nicht asiatisch, sondern durchaus begründete Vorahnung, während das Ungehörige unweillose Selbstankündigung wäre.

Das Ziel, durch die Beförderung der Juden den Anwaltsstand zu „heben“, ist also als ebenso nicht zu erreichen, wie der Versuch, sich auf Kosten der Juden nachhaltig zu bereichern.

ihm seine Aufwartung. Ebenso argumentierte und handelte am folgenden Abend der Ortsgruppenführer Baaner. Er wollte den Gesandtschaftsrat noch übertrumpfen und nahm Herrn Leschke gleich als Gast zu sich ins Haus. Auf das bis bei der Gesandtschaftsrat dem Berliner eine Voge im Opernhaus an, und da der Kontrollrat seinen Smolting zur Dienstleistung mitgenommen hatte, ließ er ihm „reimb.“ frod. Postfisch, um mit diesem obersten Parteimann vor allen Deutschen in der Gesandtschaftsrat sitzen zu können. Für Leschke begann der Himmel auf Erden; aber er brachte natürlich viel Geld, Schach! nichts, die Budapest Gruppe haben das Herz um rechtst. Am Ende von vier Wochen feuerten sie Leschke über 3000 Remo bei West Kettles ins Inn auf seine Güter ein und zum Dank stellte der Berliner den Romanen der deutschen Gesandtschaft vor. Da kam eines Tages der richtige Parteikontrollrat, nicht aus Berlin, sondern aus Hamburg. Er war sehr erkannt, in einem Kollegen vorzusinduen. Da aber ein Berliner dem Richter näher steht als ein Hamburger, so hielt der echte Kontrollrat es ratsam, sich mit Herrn Leschke auf zu stellen. Man kann ja nie wissen, was einem noch blüht. Also lebten beide gemächlich nebeneinander und „kontrollierten“ Budapest gemeinsam.

Schließlich fiel es aber den Budapestern doch auf, daß Herr Leschke ihre Beziehungen zu sehr in Wien und ... erkundigte sich in Berlin. Part wurde niemand etwas von einem Herrn Leschke. Nun waren alle die Augen auf ein haltbefehl erlassen, aber Herr Leschke war schon über alle Berge. Endlich ist er in Konstantinopel verhaftet worden. Aber seine Köpenickdiade im braunen Hemd hat er gut gespielt.

Braune Fackeln und graue Not

Die Aussichten für das tausendjährige „dritte Reich“

Eine Aufstellung der Zeitschrift „Vue“

Eine der höchsten Kennzeichnungen über die wirkliche Situation des deutschen Arbeiters unter dem Regime Hitlers ist ohne Zweifel ein Vergleich zwischen den Löhnen der Arbeiter und den Lebensmittelpreisen vor und nach Hitlers Regierungsantritt. So wie andererseits ein Vergleich zwischen den obligatorischen Abzügen, die sich sowohl die Arbeiter der Privatindustrie wie die Staatsbeamten vor und nach dem 30. Januar 1933 gefallen lassen müssen.

Dafür folgende Beispiele:

Privatindustrie:

Ungelernte Arbeiter (Lohnarbeiter) verdienen vor Hitler 27 Mk. (102 Fr.) pro Woche, nach Hitler 20 Mk. (120 Fr.) pro Woche. Mithin heute weniger 72 Fr. pro Woche.

Spezialarbeiter:

Vor Hitler 47 Mk. (188 Fr.) pro Woche, nach Hitler 25 bis 30 Mk. (150 bis 180 Fr.) pro Woche. Mithin heute weniger 108 bis 138 Fr. pro Woche.

Spezialisierte Metallarbeiter:

Vor Hitler 86,40 Mk. (518,40 Fr.) pro Woche, nach Hitler 45,20 bis 48,07 Mk. (239,20 bis 295,76 Fr.) pro Woche. Mithin 224,00 Fr. weniger.

Brauereiarbeiter:

(nach den Löhnen der Firma Kündl in Reinolden-Berlin, Jägerstraße, wo 600 Leute beschäftigt sind).

Vor Hitler 45 Mk. (270 Fr.) die Woche, nach Hitler 38 Mk. (198 Fr.) die Woche, mithin 72 Fr. weniger pro Woche.

(Der Arbeiter, der diesen Lohn verdient, ist verheiratet und Vater von fünf Kindern.)

Für die erwachsenen Kategorien ist der Unterschied im Gehalt unerhört groß. Er übersteigt in vielen Fällen 50 Prozent des Lohnes, was die Arbeiter vor Anbruch des „dritten Reiches“, als in Deutschland die Zeiten auch schon sehr schlecht waren, bezogen. Aber zu dieser skandalösen Gehaltsverringerung kommt nun noch, wie man leicht sehen wird, ein sehr harter Zwangsabzug für Abgaben, die die Arbeiter leisten müssen.

Staatsarbeiter und -beamte:

Es verdient heute ein holländischer Straßenkehrer in Berlin 120 Mk. (720 Fr.) im Monat mit Frau und Kind.

Ein Lehrer verdient 200 bis 250 (1200 bis 1500 Fr.) im Monat. Unter dieses Gehalt fallen auch Lehrer an höheren Schulen. Die Schulamtsbeamten dagegen verdienen am Anfang ihrer Karriere nur 150 Mk. pro Monat (900 Fr.).

Ein Hilfsarbeiter verdient 26 bis 27 Mk. die Woche, also 136 bis 162 Fr., ein leitender Briefträger hat 139 bis 145 Mark pro Monat (734 bis 870 Fr.).

Ein Fotomechaniker oder Telegrafentelemechaniker verdient 240 bis 270 Mk. (1440 bis 1620 Fr.) im Monat (davon werden für Uniform und Pensionen 35 bis 40 Mk. zwangsmäßig abgezogen).

Ein Straßenbahnfahrer (Anfänger) verdient 24 bis 25 Mark (144 bis 150 Fr.) pro Woche, ein Straßenbahnführer 32 bis 35 Mk. (192 bis 210 Fr.) pro Woche.

Untergrundbahn-, Autobus- und Eisenbahnfahrer bzw. -führer haben ungefähr dieselben Löhne wie die Straßenbahnangestellten.

Vor dem Hitlerregime verdienten alle diese hier angeführten Kategorien von Arbeitern rund 25 Prozent mehr mit Ausnahme der Lehrer, deren Gehalt nicht wesentlich verändert ist.

Die Pflichtabgaben

Ohne Rücksicht auf die starke Reduzierung der Gehälter müssen sich alle Arbeiter der Privatindustrie und der öffentlichen Betriebe einen automatischen Abzug der Pflichtbeiträge gefallen lassen. In Höhe des Arbeitslohnes eines Arbeitstages pro Woche. Dieser Pflichtbeitrag soll dienen für die Sozialversicherungen der Arbeitsfront, für die Luftverteidigung usw.

Dazu einige Zahlen: 2 bis 4 Mk. für Sozialversicherungen, 30 bis 75 Pfg. für die Arbeitsfront, 30 Pfg. wöchentlich für die Männer und 1 Mk. monatlich für die Frauen für die Luftverteidigung plus verschiedener Sammlungen, Kollektionen usw., die immer obligatorisch sind.

Mit 60 Jahren beziehen die alten ausgedienten Arbeiter nur noch 30 Mk. Versicherungsgelder gegenüber 65 Mk. vor Hitler.

Die Lebensmittelpreise

Wir geben nachstehend eine Preisliste von Lebensmitteln für den allernotwendigsten Gebrauch. Wir geben in dieser Liste die augenblicklichen Preise und die Preise vor dem Hitlerregime.

Ein Pfund Butter heute 1,00 bis 1,80 Mk. (6,00 bis 10,80 Fr.), vor Hitler 0,90 bis 1 Mk. (5,40 bis 6 Fr.).

Ein Kilo Brot kostet heute 44 Pfg. (2,64 Fr.), vor Hitler 44 Pfg.

Ein Pfund Margarine heute 66 Pfg. bis 1 Mk. (3,96 bis 7,20 Fr.), vor Hitler 28 bis 60 Pfg. (1,68 bis 3,60 Fr.).

Ein Pfund Fett erster Qualität heute 95 Pfg. (5,70 Fr.), vor Hitler 45 Pfg. (2,70 Fr.).

Ein Pfund Fett erster Qualität heute 1,20 Mk. (7,20 Fr.), vor Hitler 0,60 Mk. (3,60 Fr.).

Zweieinhalb Kilo Kartoffeln heute 0,70 Mk. (4,20 Fr.), vor Hitler 0,45 Mk. (2,70 Fr.).

Ein Pfund Fleisch heute 0,80 bis 1,30 Mk. (4,80 bis 7,80 Fr.), vor Hitler 0,60 bis 1 Mk. (3,60 bis 6 Fr.).

Ein Pfund Wehl heute 0,22 bis 0,26 Mk. (1,32 bis 1,56 Fr.), vor Hitler 0,18 bis 0,24 Mk. (1,08 bis 1,44 Fr.).

Ein Pfund Zucker heute 0,89 Mk. (5,34 Fr.), vor Hitler 0,82 Mk. (4,92 Fr.).

Ein Kilo Fett heute 15 bis 20 Pfg. (0,90 bis 1,20 Fr.), vor Hitler 8 bis 10 Pfg. (0,48 bis 0,60 Fr.).

Ein Pfund Erbsen heute 35 bis 38 Pfg. (2,10 bis 2,28 Fr.), vor Hitler 18 Pfg. (1,08 Fr.).

Ein Pfund Nudeln heute 35 bis 45 Pfg. (2,10 bis 2,70 Fr.), vor Hitler 22 bis 28 Pfg. (1,32 bis 1,68 Fr.).

Ein Liter Milch heute 32 Pfg. (1,92 Fr.), vor Hitler 24 Pfg. (1,44 Fr.).

Die Kleidungsstücke haben ungefähr die gleichen Preise behalten. Aber die Arbeiter tragen mit Recht: Das hat keinerlei Bedeutung für uns, denn wir haben kein Geld, um Kleider zu kaufen.

Das Erachtend der Verhältnisse von Arbeiterlöhnen und Lebensmittelpreisen heute und vor dem Hitlerregime ist die Feststellung, daß die Arbeiter heute ihren Lebensstandard um wenigstens die Hälfte haben heruntergerauben müssen.

Wenn . . . ?

Angesichts des unstreitbaren und allgemein fühlbaren wirtschaftlichen Niedergangs in Deutschland ist Goebbels Propaganda auf eine neue Ablenkungsmethode verfallen: Man dürfe nicht einfach fragen, was sei, sondern: wie viel schlimmer es geworden wäre, wenn Hitler nicht zur Macht gelangt wäre.

Damit ist man beim Unbeweisbaren: Allerdings liegt die Antwort nahe, daß es schlimmer kaum hätte kommen können, wahrscheinlich aber weniger schlimm gekommen wäre. Doch bleiben wir in der „Wenn“-Betrachtung und nehmen wir einmal an: Es wäre eine der früheren Regierungen am Ruder geblieben, hätte aber genau die gleichen wirtschaftlichen Maßnahmen ergriffen, zu denen jetzt Hitler sich gezwungen sieht.

Wir fragen: Hätte dann die nationalsozialistische Presse auch diese Maßnahmen als höchste Weisheit und wirtschaftliche Großtaten bejubelt? Oder: was hätte Goebbels „Angriff“ wohl geschrieben?

Wenn eine frühere Regierung den Devisendienst der Reichsbank bis auf einen mikroskopischen Rest verwirtschaftet hätte?

Wenn unter einer früheren Regierung die notwendigen Rohstoffe infolge Devisenmangels nicht hätten eingeführt werden können?

Wenn unter einer früheren Regierung das Ausland wegen Nichtzahlung deutscher Zinsen und Warenschulden zu einem Zwangsclearing gegen Deutschland geschritten wäre?

Wenn eine frühere Regierung die schwebende Schuld in einem Jahr um vier Milliarden Mark vermehrt hätte?

Wenn eine frühere Regierung alle Arbeiter unter 25 Jahren rücksichtslos von ihren Arbeitsplätzen entfernt hätte?

Wenn unter einer früheren Regierung binnen achtzehn Monaten der Durchschnittslohn des deutschen Arbeiters um 25 bis 30 Prozent gesunken wäre?

Wenn eine frühere Regierung die Sozialrenten brutal gekürzt, die Unterstützungen zum größten Teil gestrichen hätte?

Wenn unter einer früheren Regierung die Verarmung des Mittelstandes der Kleinbauern usw. so rasch zugenommen hätte, wie in den achtzehn Monaten Hitlers? Usw. usw.

Wir sind felsenfest überzeugt: Wäre all das, was unter Hitler wirtschaftlich eingetreten ist, unter irgend einer früheren Regierung geschehen, die Hakenkreuzpresse würde sich vor edler Entrüstung über solche Schand- und Mißwirtschaft überschlagen, würde über die unfähigen Bankrotteure getobt und sie unweigerlich als Henker und Verräter des deutschen Volkes bezeichnet haben.

Wenn . . . Und deshalb ist es sehr gefährlich für die Nazi-propaganda, mit diesem „wenn“ zu operieren. Es prallt auf sie zurück! J. C.

Auch Winteräpfel!

Durch eine Anordnung des Reichsbeauftragten für die Regelung des Absatzes von Gartenbauerzeugnissen wird auf Wochenmärkten, in Ladengeschäften und im Straßenhandel der Kleilverkauf, das Feilhalten und Feilhalten von Winteräpfeln bis auf weiteres verboten. Ausgenommen bleibt Fallobst, das deutlich zu kennzeichnen ist. Die als Winteräpfel in Betracht kommenden Apfelsorten sollen unverzüglich von den Gebietsbeauftragten bekannt gegeben werden. Ferner erhalten die Gebietsbeauftragten die Ermächtigung, innerhalb ihres Gebietes Termine festzusetzen, vor denen Winteräpfel bestimmter wichtiger Sorten nicht geerntet werden sollen.

Insectenannahme
FÜR STRASBOURG

Librairie Populaire
2, RUE SEDILLOT 2
HINTER DER BORSE

Occasion

Gut eingeführte
Schürzen- und
Wäschefabrik
in Strasbourg zu
verkaufen. Gef. Off.
unr. Nr. 2568 an
Agence Havas Stras-
bourg.

BRIEFKASTEN

Sozialdemokraten, nicht Kommunisten. Sie machen uns darauf aufmerksam, daß die Presse innerhalb, aber auch außerhalb Deutschlands über alle Gegenbewegungen im Reich dauernd unter der Signatur „Kommunisten“ berichtet. Dabei handelt es sich fast um den Ausfluß des Willens der Goebbelspropaganda, alles, was sich gegen Hitler stellt, als Kommunismus zu verzeichnen. Man hofft auf diese Weise sowohl die Spielbürger im eigenen Lande als auch in der Welt davon zu überzeugen, daß nach Hitler nur der Kommunismus und das Chaos kommen können. Das ist selbstverständlich absolut unwoh. Aus dem von Ihnen beigelegten Zeitungsausschnitt geht das besonders deutlich hervor. Dort ist u. a. von dem „Roten Strohtrupp“ und von der „Karlsbader Propagandazentrale“ die Rede. Der Rote Strohtrupp ist eine Vereinigung von Sozialdemokraten, deren führende Männer und Frauen erst vor wenigen Wochen zu Justizstrafen bis zu acht Jahren verurteilt worden sind. Und die Karlsbader Propagandazentrale? Das ist ebenfalls eine sozialdemokratische Einrichtung, wie vor allem daraus zu ersehen ist, daß dort das sozialdemokratische Wochenblatt „Neuer Vorwärts“ erscheint. Ihre Aufassung ist durchaus richtig: man muß dieser Fäule, die illegale Propaganda in Deutschland sei ausschließlich kommunistisch, entgegenzutreten, weil man sonst unfreiwillig ein Helfer von Hitler wird.

„Heil Hitler!“ Sie teilen uns mit: „An Saarbrücker ZN.“ und ZN-Kreisen erzählt man sich neuerdings folgenden zeitgemäßen Scherz über Herrn Kommerzienrat Dr. Hermann Köhling aus Sülzlingen: Auf einem Morgenpostertritt kommt Herr Köhling an einen Neubau vorbei und er ruft den dort beschäftigten Arbeitern ein lautes „Heil Hitler“ zu. Aber nur wenige der Arbeiter erwidern diesen Gruß, während alle anderen die Hände haken und die Zähne aufeinanderbeißen. Köhling meint Köhling zu diesem Arbeitertrupp: „Ihr werdet das „Heil Hitler“ schon noch lernen, ich habe es ja auch lernen müssen!“

Abing. Sie schreiben uns: „Mitten auf dem Kölner Ring steht ein ziemlich geschmackloses Denkmal des alten Kaisers Wilhelm, der hoch zu Ross einherreitet. Am Tag der Volksabstimmung des 18. August entdeckte die Polizei ein Pappschild, das dem alten Herrn um den Hals gehängt worden war. Darauf stand folgender Spruch:

Lieber Wilhelm, Reig hernieder,
werde unser Führer wieder.
In diesen schweren Zeiten,
laß Adolf Hitler reiten.

Man stelle eine humorvollere Unternehmung an, besonders in monarchistischen Stahlschmelzeisen. Die blieb aber ergebnislos.“

Konzentrationslager Brandenburg. Sie schreiben über Ihre Erlebnisse: „Nachdem ich im Keller gewesen war, wurde ich eine bekannte und gefasste Persönlichkeit für die SS-Verte, „Polnisches Schwein“ und ähnliche Reden galten meiner Begrüßung. Ich wurde auch zu den größten Arbeiten bevorzugt herangezogen. Da sie mich als Chemiker konnten, wurde mir oft die Frage gestellt, ob ich wohl „Mittgast für Polen“ herstelle und nur nach Deutschland gekommen wäre, um diese Kunst der Deutschen zu erlernen? Auf meine Antwort, daß ich Pharmazeut sei und mit Giftstoffen nichts gemein habe, meinten sie, da müßten Sie wohl Tuberkulosebakterien, um uns Arbeiter zu verleihen?“ Sie mühten in Brandenburg sehr geistreiche Gedächtnis- und Werkzeuge lernen. Wir Juden mühten sie täglich unzählige Male aufsetzen:

„Wir Juden sind die größten Schweine!
Wir sind die größten Volksverräter!
Wer hat Schuld am Reichstagsbrand?
Nur wir Juden!
In unseren Büchern steht geschrieben,
daß jeder bessere Rasseidee vorgeschlagen werden muß!
Für jeden SA-Mann, den wir vorgeschlagen haben,
bekamen wir hundert Mark in bar ausbezahlt.
Sie wir in Zelt und Wein umgelegt haben,
Wofür das arme Volk leiden mußte!“

Ein Lied haben wir fingen müssen zur Melodie: „Ich bin ein Kreuz, kennst du meine Farben!“ Das hatte folgenden Text:

Ich bin ein Jude, kennst du meine Nase?
Im können Bogen schnebt sie mir voran,
Im Kriege war ich feige wie ein Hase.
Jedoch im Schächern heb ich meinen Mann!
Ich bin ein Schwein, doch ich ich nicht vom Schwein!
Ich bin ein Jude — will ein Jude sein!“

Für den Gesamtdruck verantwortlich: Johann Vich in Durbeller; für Ankerate: Otto Lubn in Saarbrücken. Notationsdruck und Verlag: Verlag der Volkstimme GmbH, Saarbrücken 3, Schützenstraße 3. — Schließfach 776 Saarbrücken.

Wichtige Neuerscheinung
für jeden Politiker!

BEER, Dr. M.

Die auswärtige Politik
des „dritten Reiches“
kartoniert Fr. 25,—
gebunden Fr. 35,—
Polygraphischer Verlag AG., Zürich 1

Zu beziehen durch:

Buchhandlung der Volksstimme
Saarbrücken 3, Bahnhofstraße 32
Neunkirchen, Hüttenbergstraße 41

WESTLAND

Unabhängige deutsche Wochenzeitung

erscheint in Saarbrücken jeden Freitag.

„Westland“ behandelt in unparteiischer Weise politische, kulturelle und wirtschaftliche Fragen. Besondere Aufmerksamkeit widmet es der deutschen Entwicklung. Die nationalsozialistische revolutionäre Übergangszeit will es begreifen und nicht bejammern helfen. Deshalb spürt „Westland“ nicht „Angriffspunkte“ aus, sondern sucht ein umfassendes Bild zu geben. Es wendet sich an den selbständig denkenden Leser, der mit ihm die Wahrheit für die schärfste Waffe des politischen Kampfes hält.

Aus der neuesten Nummer:

Nachruf auf Fritz von Bose
Die Rüstungsinternationale
Der Vierjahresplan Hitlers großer Blud
Wer schützt die Saarjüngend?
Unmögliche Arbeiterpartei
Mobilisierung der Arbeitslosen

Die regelmäßige Zustellung
erfolgt durch die Westland-Verlags-G. m. b. H.
Saarbrücken 3 + Brauereistraße 6-8 + Telefon 21014